

**Antwort  
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Dr. Martina Bunge, Cornelia Hirsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/8976 –**

**Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen****Vorbemerkung der Fragesteller**

Am 11. März 2008 verkündete die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, die Entscheidung, am Standort Bonn das geplante nationale Demenzforschungszentrum anzusiedeln. In Anbindung an das dortige Universitätsklinikum sowie weiterer Satellitenstandorte unter anderem in Rostock, München, Köln und Jülich soll hier die Forschung über neurodegenerative Krankheiten wie Parkinson und Alzheimer vorangetrieben werden. Nach Aussage der Bundesregierung stehen neben der Erforschung der Krankheitsursachen auch Möglichkeiten der Früherkennung sowie der Entwicklung von adäquaten Behandlungsformen und Pflegekonzepten im Fokus. Das neue Forschungszentrum solle nach Aussagen der Bundesministerin ein „Leuchtturm“ der Forschung werden und Deutschland an die internationale Spitze der Erforschung neurodegenerativer Erkrankungen führen. Das Forschungszentrum wird zur Helmholtz-Gemeinschaft gehören und mit 40 Mio. Euro durch die Bundesregierung gefördert. Für weitere Standorte der Demenzforschung stehen laut Bundesregierung 20 Mio. Euro zur Verfügung.

1. Welche konkreten Aufgaben und Funktionen soll das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Krankheiten erfüllen, die bisher nicht im erforderlichen Maße von der Forschungslandschaft abgedeckt werden?

Das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) wird einen ganzheitlichen, interdisziplinären Ansatz sowie die strategische Bündelung der bereits in Deutschland existierenden exzellenten Forschungsdisziplinen im Bereich der neurodegenerativen Erkrankungen verfolgen. Dem leistungsstarken Kernzentrum, das in enger Anbindung an das Universitätsklinikum Bonn entsteht, werden bundesweit Partnerstandorte in und außerhalb von Universitäten zur interdisziplinären indikationsbezogenen Zusammenarbeit angegliedert. Die Bandbreite der Aktivitäten soll eine exzellente Grundlagenforschung, deren Translation in die Klinik, eine von der Wissenschaft getriebene Therapieforschung, klinische und epidemiologische Forschung einschließlich

Frühdiagnose und Prävention sowie Versorgungsforschung zu den neurodegenerativen Erkrankungen umfassen.

2. Welche Fragestellungen im Bereich der Demenzforschung sind aus Sicht der Bundesregierung derzeit die dringendsten, so dass sie vorrangig im Rahmen des Zentrums bearbeitet werden sollen?

Demenzen gehören zu den häufigsten und folgenschwersten Erkrankungen. In Deutschland leiden derzeit rund 1 Million Menschen über 65 Jahren an den Folgen einer Demenz, die Zahl der Neuerkrankungen liegt bei ca. 200 000 pro Jahr. Auf Grund des demographischen Wandels wird sich diese Situation verschärfen, mit erheblichen Auswirkungen auf das deutsche Gesundheitssystem. Obwohl durch die Grundlagenforschung die Genese der Erkrankungen inzwischen relativ gut aufgeklärt werden konnte, sind weder die (Differential-)Diagnose noch die Früherkennung zufriedenstellend gelöst. Wirksame Therapien existieren derzeit nicht, trotz einer seit Jahren sehr intensiven Forschung – auch von Seiten der Industrie. Ein weiteres ungelöstes Problem stellt die Versorgung und Pflege der Erkrankten dar. Solange es keine effektiven Therapien gibt, wird man besonders innovative Ansätze aus der Versorgungs- und Pflegeforschung benötigen. Insgesamt wird von einer Bündelung und Koordination der Aktivitäten unter einem Dach die interdisziplinäre Forschung intensiviert und somit ein wichtiger Beitrag zur Lösung der anstehenden Problemstellungen erwartet.

3. Welchen Anteil sollen nach Auffassung der Bundesregierung Fragen der Präventions- und Versorgungsforschung auf der einen sowie der Grundlagenforschung auf der anderen Seite in der Arbeit des Forschungszentrums einnehmen?

Das Forschungszentrum muss kurzfristige und langfristige Strategien verfolgen. Kurzfristig sollen Lösungswege für bislang nicht gelöste Versorgungsfragen der heutigen Patienten entwickelt werden; langfristige Ziele sind die Heilung der neurodegenerativen Erkrankungen, das Verzögern von Krankheitsverläufen sowie das Verhindern von Neuerkrankungen. Hierzu bedarf es einer starken Intensivierung der molekularen Grundlagenforschung und der angewandten pharmazeutischen Forschung. Nichtmedikamentöse Therapien können ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Krankheitsbehandlung leisten. Einen quantitativen Anteil für die einzelnen Forschungsrichtungen a priori festzulegen erscheint nicht zweckmäßig.

4. Wie ist aus der Sicht der Bundesregierung die anwendungs- und versorgungsnahe Ausrichtung des Forschungszentrums (vgl. Sprecherin des Bundesministeriums für Bildung und Forschung – BMBF – in der Süddeutschen Zeitung vom 22. September 2007) mit dem Profil der Grundlagenforschung der Helmholtz-Gemeinschaft zu vereinbaren?

Die Helmholtz-Gemeinschaft leistet Beiträge zur Lösung großer und drängender Fragen von Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft durch wissenschaftliche Spitzenleistungen. Die interdisziplinär angelegte Gesundheitsforschung der Helmholtz-Gemeinschaft ist für das neu zu gründende Zentrum das geeignete Umfeld, um im Bereich der neurodegenerativen Erkrankungen in enger Kooperation mit Universitätskliniken die für eine innovative Patientenversorgung notwendigen neuen Erkenntnisse zu erzielen. In den bereits bestehenden Gesundheitszentren der Helmholtz-Gemeinschaft wurde in den letzten Jahren verstärkt der Zusammenschluss mit der klinischen Forschung gesucht und somit eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, gemeinsam Strategien für Prävention, Diagnose und Therapie zu entwickeln.

5. Welche spezielle Aufgabenstellung grenzt das „Leuchtturmprojekt Demenz“ des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) von dem Demenzforschungszentrum ab?

Aufgrund der großen Bedeutung des Themas „Demenz“ hat die Bundesregierung zwei Initiativen ins Leben gerufen:

Im DZNE, das institutionell gefördert werden soll, wird die exzellente Grundlagenforschung Deutschlands im Bereich der neurodegenerativen Erkrankungen unter einem Dach zusammengeführt. Thematisch wird es die gesamte Bandbreite der Erforschung von Krankheitsursachen, Möglichkeiten der Prävention und Früherkennung, die Entwicklung wirksamer Therapien und die Untersuchung der psycho-sozialen Folgen von Demenzen umfassen. Die Versorgungsforschung umfasst dabei nur einen von mehreren Schwerpunkten.

Beim Leuchtturmprojekt „Demenz“ dagegen werden im Rahmen von Zuwendungen einzelne Projekte für einen definierten Zeitraum gefördert. Übergeordnetes Ziel des Leuchtturmprojektes Demenz ist es, herausragende Projekte, die einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung demenziell Erkrankter leisten können, weiterzuentwickeln und zu verbreiten. Die zu fördernden Vorhaben und Initiativen sollen Vorbildfunktion haben und wegweisend sein und somit den jeweiligen Bereich nachhaltig voranbringen. Sie sollen dringende Wissens- und Erkenntnislücken schließen und dazu beitragen, vorhandenes Wissen schneller in die Routineversorgung umzusetzen. Insgesamt sollen die Ergebnisse und die Erkenntnisse aus den Projekten vor allem den Betroffenen, den Angehörigen und den Pflegenden helfen, mit den entstehenden Einschränkungen und Belastungen besser zurechtzukommen. Damit ist das Leuchtturmprojekt Demenz sehr praxis- und umsetzungsorientiert und beschäftigt sich ausschließlich mit dem Bereich Versorgung, während das DZNE eine auf Dauer angelegte Forschungseinrichtung ist, die gebietsübergreifend das breite Feld der neurodegenerativen Erkrankungen mit Krankheitsursachen, Diagnose, Therapie und Versorgung im Fokus hat.

6. In welcher Form werden Projekte des „Leuchtturmprojektes Demenz“ mit dem Forschungszentrum kooperieren?

Die Projekte des „Leuchtturmprojektes Demenz“ wurden vor kurzem gestartet; das DZNE befindet sich noch im Aufbau. Sobald die Arbeiten vollständig aufgenommen sind, ist absehbar, ob und in welchem Rahmen wissenschaftliche Kooperationen sinnvoll sein werden.

7. In welcher Form wird die Zusammenarbeit des zentralen Standorts Bonn mit den ebenfalls geförderten weiteren sechs Standorten in Göttingen, München, Tübingen, Magdeburg, Witten/Herdecke und Rostock/Greifswald erfolgen?

Nach Verkündung der Standortentscheidung waren die Partnerstandorte von der Gründungskommission aufgefordert, bis zum 30. April 2008 ein detaillierteres, wissenschaftliches Konzept vorzulegen. Hiernach können die konkreten Strukturen der Zusammenarbeit verabredet werden.

8. Wie bewertet die Bundesregierung die langfristige Stabilität des Zentrumspartners Privatuniversität Witten/Herdecke, der in jüngster Zeit wegen starker finanzieller Schwierigkeiten vor dem Aus stand?

Die Gründungskommission hat sich in erster Linie aufgrund des wissenschaftlich überzeugenden Antrages zum Komplex Pflege und Versorgung für Witten/

Herdecke als Partnerstandort entschieden. Die Privatuniversität Witten/Herdecke ist nach Information der Bundesregierung finanziell stabil.

9. Wie schätzt die Bundesregierung die Chancen ein, hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der benötigten Anzahl für das neue Zentrum zu engagieren?

Wie an keinem anderen Standort in Deutschland wird das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen dieses Forschungsbereichs bündeln und damit für herausragende Experten auf den jeweiligen Gebieten ein interessantes und ergebnisorientiertes Arbeitsumfeld bieten.

10. Wie bewertet die Bundesregierung die Gefahr, dass durch die Schaffung eines solchen „Leuchtturmprojektes“ andere gewachsene Standorte der Demenzforschung geschwächt werden, etwa durch Abwerbung von Forscherinnen und Forschern?

Das DZNE wird einerseits Kompetenzen zentral bündeln, wird aber gleichzeitig in engem Austausch mit den Partnerstandorten stehen. In beiderseitigem Austausch werden auch die Partnerstandorte am Wissenszuwachs partizipieren, wodurch sich der Kenntnisstand der deutschen Forschungslandschaft insgesamt verbessern wird.

11. Wann wird das neue Forschungszentrum aus Sicht der Bundesregierung arbeitsfähig sein?

Das DZNE soll rechtlich wie auch baulich schnellstmöglich errichtet werden.

12. In welchen organisatorischen Strukturen und in welchem zeitlichen Ablauf wurde die Entscheidung für den Standort des Kernzentrums und die angebundenen Standorte gefällt?

Auf der Klausurtagung am 23./24. August 2007 in Meseberg hat das Bundeskabinett gemeinsam die Gründung eines Nationalen Zentrums zur Bekämpfung von Demenzen und anderer neurodegenerativen Erkrankungen beschlossen.

Der Präsident der HGF (Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren), Prof. Mlynek, wurde mit der Einsetzung einer unabhängigen Gründungskommission unter Vorsitz von Prof. Dichgans (Universität Tübingen) beauftragt.

Die Gründungskommission führte eine bundesweite Ausschreibung durch, bei der 23 Anträge eingingen.

Nach einem mehrgliedrigen Begutachtungsverfahren votierte die Gründungskommission dafür, das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen in Bonn anzusiedeln. Zudem wurden sechs starke Partnerstandorte ausgewählt. Dies sind Göttingen, München, Tübingen, Magdeburg, Rostock/Greifswald und Witten. Dresden soll mit einer Anschubfinanzierung ausgestattet werden, um künftig Partnerstandort zu werden.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, stellte auf der Basis der Empfehlungen die Standortwahl am 11. März 2008 der Öffentlichkeit vor.

13. Stand die Frage der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit im Vordergrund der Standortentscheidung für den Standort Bonn oder gab es weitere Kriterien?

Für die Beurteilung der Anträge ausschlaggebend war – neben der vorhandenen wissenschaftlichen Exzellenz auf dem Gebiet der neurodegenerativen Erkrankungen – vor allem ein überzeugendes Konzept für die enge Interaktion zwischen dem zu gründenden Forschungszentrum und den benachbarten Universitätskliniken.

14. Aus welchen Gründen wurden etablierte Standorte der Forschung an neurodegenerativen Erkrankungen wie Berlin, München oder Heidelberg nicht ausgewählt?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

15. Nach welchen Kriterien wurden die Mitglieder der Gründungskommision, die die Standortentscheidung zu fällen hatten, ausgewählt?

Die Mitglieder der Gründungskommision sind ausgewiesene Experten des im Rahmen des geplanten Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen vorgesehenen breiten Themenspektrums. Ein Vertreter der HGF ist ebenfalls Mitglied.

16. Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik, dass vier von fünf Mitgliedern der Kommission aus dem Bereich der Grundlagenforschung kämen und damit eine Vorfestlegung auf die Grundlagenorientierung verbunden sei (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12. März 2008)?

Siehe Antwort der Frage 15.

17. Waren internationale Gutachter aus der Wissenschaft in den Auswahlprozess eingebunden?

Wenn ja, welche?

Die Gründungskommision ist mit international renommierten Experten besetzt.

18. Gab es im Rahmen des Auswahlverfahrens Begehungen der sich bewerbenden Standorte?

Mit ihrer Zusammensetzung verfügt die Gründungskommision über einen ausgewiesenen breiten Sachverstand über die neurowissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Durch das Ausschreibungsverfahren und die Prüfung zahlreicher Antragskonzepte lagen der Expertengruppe mannigfache weitere Informationen vor. Im Übrigen sind die Mitglieder mit den Standorten auch lokal vertraut.

19. Welchen Umfang hatten die von der Bundesregierung angeforderten Anträge?

Die von der Gründungskommision angeforderten konzeptionellen Anträge und die darauf beruhenden mündlichen Präsentationen im Rahmen des Auswahlverfahrens hatten einen dem Verfahren angemessenen Umfang.

20. Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik von Wissenschaftlern, dass das Ausschreibungsverfahren der Tragweite des Projektes sowie der Fördersumme unangemessen war (vgl. etwa Hendrik van den Bussche in der Süddeutschen Zeitung vom 12. März 2008)?

Die Auswahl des Standortes Bonn wurde auf der Grundlage eines standardisierten mehrstufigen Begutachtungs- und Auswahlverfahrens getroffen.

21. Wie begründet die Bundesregierung die erheblichen Unterschiede in Aufwand und Komplexität der Auswahlverfahren etwa im Vergleich zur Exzellenzinitiative oder dem Spaltenclusterwettbewerb?

Die Gründung eines neuen Forschungszentrums ist nicht mit Fördermaßnahmen wie der Exzellenzinitiative oder dem Spaltenclusterwettbewerb vergleichbar.

22. Wird die Finanzierung des Demenzforschungszentrums im Rahmen der Programmorientierten Förderung der Helmholtz-Gemeinschaft erfolgen?

Das DZNE wird zunächst außerhalb der wettbewerblichen Programmorientierten Förderung entsprechend dem Gründungsfortschritt finanziert.

23. Wie bewertet die Bundesregierung das Interesse aus der Privatwirtschaft an der Forschung des Forschungszentrums?

Da die Entwicklung von modernen Diagnoseverfahren und Therapien ein zentrales Thema des Zentrums sein wird, ist davon auszugehen, dass seitens der Industrie Interesse an Kooperationen bestehen wird.

24. In welcher Form ist die Beteiligung privater Geldgeber oder Sponsoren an dem Zentrum geplant?

Die Bundesregierung misst der Mobilisierung von privatem Kapital für Forschung und Entwicklung über Spenden und Stiftungen eine hohe Bedeutung bei.

25. Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag des Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Stammzellforschung, Prof. Jürgen Hescheler, statt eines Großinstituts eher besonders innovative Promotionsvorhaben zu fördern, um auf diese Weise Durchbrüche in der Forschung zu erzielen (vgl. Rheinischer MERKUR vom 14. Februar 2008)?

Der Vorschlag Promotionsvorhaben zu fördern, wird als integraler Bestandteil der Forschungsförderung des DZNE angesehen. Die Kernaufgabe, durch interdisziplinäre Kooperationen Ergebnisse von der Grundlagenforschung in die klinische Forschung und die Versorgung zu überführen, erfordert interdisziplinäre Forschungsnetzwerke, deren Aufbau und langfristige Verfestigung den Zeitrahmen einer naturwissenschaftlichen oder medizinischen Promotion übersteigen.



